

Niederschrift

über die 3. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Dienstag, dem 05. Juli 2016, um 20.00 Uhr im Sitzungssaal der Lindener Ratsstuben

Stadtverordnetenvorsteher: Burckart, Ralf

Stadtverordnete:

Arnold, Jürgen	(entschuldigt)
Bausch, Hans	
Bork, Anneliese	
Braun, Dennis	
Fischer, Michael	(entschuldigt)
Geiselbrechtiger, Renate	
Dr. Goll, Michaela	
Hansmann, Dirk	
Heine, Volker	
Hille, Frank	(entschuldigt)
Hoth, Wolfgang	
Koch, Gisela	
Kühne, Antonia	
Lang, Gudrun	
Lenz, Karin	
Dr. Lenz, Ulrich	
Leun, Manfred	
Lodde, Franziska	(entschuldigt)
Lodde, Hendrik	
Löser, Friedel	
Markgraf, Antje	(entschuldigt)
Nöh, Burkhard	
Reinwald, Peter	
Rippl, Frank	
Schaffer, Franziska	
Schaffer, Joachim	
Dr. Schütz, Christof	
Seim, Dirk	
Spangenberg, Matthias	(entschuldigt)
Steinberg, Tim-Ole	
Utschig, Thomas	
Wedemann, Fabian	
Weigel, Lothar	
Weitze, Alisha	(entschuldigt)
Wolter, Michael	
Dr. Worm, Heinz-Lothar	

Magistrat:

Bürgermeister König, Jörg
Erster Stadtrat Arnold, Norbert
Stadtrat Altenheimer, Thomas
Stadträtin Braun, Petra
Stadtrat Deeg, Sven
Stadtrat Gath, Wolfgang

Stadtrat Krapf, Reinhold
Stadtrat Kreuzinger-Ibe, Robert
Stadtrat Trinklein, Gerhard

Ausländerbeiratsvorsitzender:	--
Frauenbeauftragte:	--
Jugendvertretung:	--
Verwaltung:	Retzer, Patrick
Presse:	Sekatsch, Harold (Gießener Allgemeine) Wißner, Thomas (Gießener Anzeiger)
Gäste:	Landrätin Anita Schneider
Zuhörer:	13
Protokollant:	Wolf, Renate

Stadtvorordnetenvorsteher Burckart eröffnet die 3. öffentliche Sitzung der Stadtvorordnetenversammlung und begrüßt alle Anwesenden, sein besonderer Gruß gilt der Landrätin, Frau Anita Schneider. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde, die vorgeschriebene Veröffentlichung in den Lindener Nachrichten erfolgte und der Ausschuss beschlussfähig ist. Traditionsgemäß gratuliert er zunächst allen Parlamentariern und Magistratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten; einen Blumenstrauß erhalten Stadtvorordnete Anneliese Bork und Stadtvorordneter Heine.

Vor Eintritt in die Tagesordnung übergibt Stadtvorordnetenvorsteher Burckart zunächst das Wort an Landrätin Schneider.

Landrätin Schneider erklärt, dass es für Sie immer wieder erfreulich ist, als Anerkennung für eine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit den Ehrenbrief des Landeshessen verleihen zu können und gerade in der Sitzung einer Stadtvorordnetenversammlung, wo (fast) nur Ehrenamtliche tätig sind. Es sei erfreulich, dass diese Art der Anerkennung, die Albert Osswald aus der Taufe gehoben hat, über Parteigrenzen hinaus auch heute noch Bestand hat und hoffentlich auch weiterhin so bestehen bleibt. Heute darf sie den Ehrenbrief des Landes Hessen Frau Karin Lenz überreichen und ihr für ihr langjähriges Engagement in der Kommunalpolitik danken. Landrätin Schneider nennt die einzelnen ehrenamtlichen Tätigkeiten und überreicht den Ehrenbrief des Landes Hessen, verbunden mit dem Wunsch, dass sich Frau Lenz auch weiterhin so engagiert zeigt.

Stadtvorordnetenvorsteher Burckart bittet dann um die Beratung der Tagesordnung.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung durch den Magistrat
2. Festsetzung des Verkaufspreises für die Baugrundstücke im Baugebiet „Nördlich Breiter Weg“; 1. BA -Magistratsvorlage Drucksache Nr. 9/16/21-
3. Änderung der Hauptsatzung

- hier: Änderung der Ermächtigung des Magistrats gemäß § 1 Abs. 3 Nr. 4 der Hauptsatzung
-Magistratsvorlage Drucksache Nr. 10/16/21-
4. Einführung einer „Bürger-Frageviertelstunde“
- Antrag FDP - Fraktionsantrag Nr. 002/16/21 -
 5. Verkehrskonzept Linden;
hier: Erstellung eines Verkehrskonzeptes
- Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 005/16/21 -
 6. Antrag gemäß § 50 Abs. 2 Satz 4 letzte Alternative Hessische Gemeindeordnung (HGO)
hier: Übersendung von Ergebnisniederschriften des Magistrats an das vorsitzende Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und an die Vorsitzenden der in der Stadtverordnetenversammlung gebildeten Fraktionen
- Antrag FW - Fraktionsantrag Nr. 006/16/21 -
 7. Antrag auf Erstellung einer Bewertung der Vor- und Nachteile der Möglichkeiten zur Erhebung der Gebühren zur Straßenerneuerung
- Antrag FDP - Fraktionsantrag Nr. 007/16/21 -
 8. Einführung eines Ratsinformationssystems
- Antrag CDU - Fraktionsantrag Nr. 008/16/21 -
 9. Verbesserung der Bahnanbindungen durch den RMV
- Antrag CDU - Fraktionsantrag Nr. 009/16/21 -
 10. Bildung einer Kommission „Linden 2036“
hier: Entwicklung zukunftsorientierter Vorschläge für die Stadtentwicklung
- Antrag CDU und SPD - Fraktionsantrag Nr. 010/16/21 -
 11. Öffentliches WLAN
hier: Prüfung der Voraussetzungen und Kosten für die Einrichtung und das Betreiben von öffentlichen WLAN Hotspots in der Stadt Linden
- Antrag CDU - Fraktionsantrag Nr. 011/16/21 -
 12. Ökologisches Linden;
hier: Prüfung der Möglichkeiten, auf dem Dach der KiTa Regenbogenland eine Photovoltaikanlage zu installieren
- Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 012/16/21 -
 13. Fassadenverschönerung der KiTa „Regenbogenland“
hier: Prüfung der Möglichkeiten einer Fassadenverschönerung der KiTa „Regenbogenland“
- Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 013/16/21 -
 14. Transparentes Linden;
hier: Berichts Antrag über den Stand der Bestellung einer / eines Korruptionsbeauftragten und einer / eines Datenschutzbeauftragten bei der Stadt Linden
- Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 014/16/21 -
 15. Anfragen der Stadtverordneten und Verschiedenes

Zu TOP 1

Berichterstattung durch den Magistrat

Verkehrsversuch Forst

Bgm. König teilt mit, dass er heute den Verkehrsversuch für beendet erklärt hat.

Neben vielen negativen Stellungnahmen von Anliegern hat er auch negative Stellungnahmen seitens der Polizei und der Johanniter erhalten. Selbst von denjenigen, die diesen Verkehrsversuch angeregt haben, hat er von problematischen und gefährlichen Situationen Mitteilung erhalten.

Jugendvertretung

Die Jugendvertretung hat sich mit Frau Conrad in Verbindung gesetzt und gemeinsam haben sie festgelegt, dass künftig dienstags von 16.30 – 20.00 Uhr der Jugendraum geöffnet ist.

Auch am Nikolausmarkt möchte die Jugendvertretung mit einem Stand präsent sein. Geplant ist außerdem die Durchführung eines Soccer Turnieres und es wurde mit Frau Conrad eine WhatsApp Gruppe gegründet, damit ein ständiger Kontakt zwischen Jugendvertretung und der Stadt gewährleistet ist.

E-Auto

Das Hess. Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung hat mitgeteilt, dass Kommunen vom 09.09.-23.09.2016 ein E-Auto zu einem Praxistest einsetzen können, um die Vor- und Nachteile eines solchen Autos ausloten zu können. Bgm. König erklärt, dass er für die Stadt Linden eine entspr. Bewerbung eingereicht hat.

Parkplatzmarkierungen Beethovenstraße

Laut StVO dürfen Stellplatzmarkierungen nur noch in Halteverbotszonen und in verkehrsberuhigten Bereichen vorgenommen werden. Daher wurden in der Beethovenstraße diverse Markierungen entfernt, da diese zu Irritationen geführt haben.

Sanierung Kreuzungsbereich A485/Gießener Pforte/Robert-Bosch-Straße

Das Land will ab dem 2. Halbjahr mit der Sanierung dieses Kreuzungsbereiches beginnen; dadurch werden einige Unannehmlichkeiten bezüglich der Verkehrsführung auf alle zukommen.

Homepage Stadt Linden

Die neue Internetseite der Stadt Linden ist so gut wie fertig und könnte dann in der nächsten Ausschusssitzung vorgestellt werden.

Zum Bericht des Magistrats ergeben sich folgende Wortmeldungen:

Stadtverordneter Dr. Schütz hatte im Fachausschuss eine Frage zu Einstellungsuntersuchungen von Erzieher gestellt; gibt es hierzu eine Antwort?

Laut Bgm. König ist dies nach dem TVöD nicht erforderlich und wird daher auch nicht verlangt.

Tagesordnung

Stadtverordnete Lang richtet an Stadtverordnetenvorsteher Burckart den Einwand, dass der Ablauf der Sitzung nicht korrekt begonnen wurde. Es wurde nicht gefragt, ob es Änderungswünsche zur Tagesordnung gebe.

Dem stimmt Stadtverordnetenvorsteher Burckart zu und holt sein Versäumnis nach.

Stadtverordnete Lang erklärt, dass der TOP 4 eigentlich nicht beraten werden müsste, da dieser im Geschäftsgang bleiben sollte.

Dem stimmt Stadtverordneter Reinwald zu; man könne dies aber so belassen und dann entsprechend klären.

Zu TOP 2

Festsetzung des Verkaufspreises für die Baugrundstücke im Baugebiet „Nördlich Breiter Weg“;

1. Bauabschnitt

-Magistratsvorlage Drucksache Nr. 9/16/21-

Bgm. König teilt mit, dass es nun so weit sei, dass man sich über den Verkauf der Grundstücke im Baugebiet Nördlich Breiter Weg unterhalten kann. Für die 69 zur Verfügung stehenden Bauplätze haben sich bis jetzt 339 Bewerber gemeldet. 10 Grundstücke sind für diejenigen reserviert, die damals ihre Grundstücke an die Stadt verkauft haben.

Die Ausschüsse haben wie folgt abgestimmt:

HFA: 7 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen

BPU: 6 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen

Stadtverordneter Leun möchte wissen, ob sich Herr Riehm noch einmal zu dem Zinssatz der Zwischenfinanzierung geäußert hat; dieser scheint ihm mit 1,4 % etwas zu hoch. Und was geschieht mit einer evtl. Wertschöpfung – wird diese zwischen HLG und Stadt geteilt, oder verzichtet die HLG darauf?

Die erste Frage wird von Bgm. König verneint und die zweite Frage entspr. beantwortet. Er betont, dass man heute über den Verkaufspreis berate und nicht über Dinge, die anderweitig noch zu regeln wären.

Laut Stadtrat Leun könnte bei diesem Verkaufspreis ein Überschuss von 400T € bis 700T € entstehen und da sei die Frage durchaus berechtigt, was damit passiert. Gleiches gelte für die Zinsen der Zwischensanierung.

Er werde zu gegebener Zeit nachfragen.

Stadtverordneter Heine erinnert Bgm. König daran, dass die Vergaberichtlinien eigentlich noch vor der Sitzung hätten verteilt werden sollen.

Wie es sich nach kurzer Diskussion herausstellt, war hier Stadtverordneter Dr. Schütz einem Irrtum unterlegen. Die Unterlagen haben die Fraktionsvorsitzenden umgehend mit der Bitte um entsprechende Weiterleitung erhalten. Stadtverordneter Dr. Schütz dachte jedoch, dass hier noch Beratungsbedarf seitens des Magistrats bestünde und hatte sie nicht weitergeleitet.

Bgm. König weist noch einmal darauf hin, dass damit die Fraktionen Gelegenheit erhalten sollten, evt. Wünsche vorzutragen.

Für Stadtverordneten Heine ist es unverständlich, dass junge Familien 15 €/m² mehr bezahlen sollen, da er sich keine „unvorhergesehenen Ereignisse“ vorstellen könne.

Diese Thematik wurde auch kontrovers im Magistrat diskutiert (teilweise noch höhere Verkaufspreise), aber letztendlich entscheide die Stadtverordnetenversammlung über den Verkaufspreis.

Stadtverordnete Lang signalisiert Zustimmung zur Vorlage.

Stadtverordneter Dr. Schütz erklärt für seine Fraktion, dass man unterschiedlich abstimmen werde und erläutert dies auch kurz.

Es könne nicht sein, dass die Erschließung dieses Baugebietes jahrelang hinausgezögert wurde und somit die hohen Zinsen entstehen konnten. Dies war seinerzeit eine politische Entscheidung, die man heute leider nicht mehr korrigieren könne. Auf der anderen Seite stehe fest, dass Grund und Boden eine endliche Ressource darstelle und daher werde man dem Verkaufspreis zustimmen.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 009/16/21 ergibt bei 28 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitliche Annahme.

Zu TOP 3

Änderung der Hauptsatzung

**hier: Änderung der Ermächtigung des Magistrats gemäß § 1 Abs. 3 Nr. 4 der Hauptsatzung
-Magistratsvorlage Drucksache Nr. 10/16/21-**

Bgm. König teilt mit, dass bei dem gerade beschlossenen Verkaufspreis einige Kaufverträge nicht mehr durch den Magistrat abgewickelt werden könnten, daher soll diese Erhöhung erfolgen. Insgesamt wären davon 16 Grundstücke betroffen.

Die Ausschüsse haben wie folgt abgestimmt:

HFA: 9 Ja-Stimmen

BPU: 8 Ja-Stimmen

Stadtverordneter Bausch ist der Meinung, dass diese Erhöhung nicht erforderlich sei und man diese Kaufverträge durch Einzelbeschlüsse – verwiesen an den HFA-Ausschuss – abschließen könnte. Eine Erhöhung würde auch für die kommenden Jahre, wenn keine Grundstücksverkäufe mehr anstehen, noch Gültigkeit haben und so könnte die ein oder andere wichtige Entscheidung an der Stadtverordnetenversammlung vorbei laufen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht mehr.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 010/16/21 ergibt bei Gegenstimmen der Freien Wähler mehrheitliche Annahme.

Zu TOP 4

Einführung einer „Bürger-Frageviertelstunde“

- Antrag FDP - Fraktionsantrag Nr. 002/16/21 -

Stadtverordneter Reinwald teilt mit, dass im Ausschuss beschlossen wurde, den Antrag im Geschäftsgang zu belassen, so dass eine Abstimmung heute nicht erforderlich sei.

Zu TOP 5

Verkehrskonzept Linden;

hier: Erstellung eines Verkehrskonzeptes

- Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 005/16/21 -

Der HFA-Ausschuss hat wie folgt abgestimmt: bei 3 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen wurde keine Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Der Bauausschuss hat bei 3 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen ebenfalls keine Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Stadtverordneter Heine weist darauf hin, dass dieser Antrag für die Stadt Linden trotz allem auch weiterhin von Bedeutung sein wird. Man müsse sich auch weiterhin mit Verkehrskonzepten beschäftigen. Man könnte z.B. auch einmal darüber nachdenken, an diversen Gefahrenstellen („Die Mäuschen“) eine Blitzer-Anlage zu installieren.

Die Abstimmung über den Fraktionsantrag Nr. 005/16/21 ergibt 12 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen. Somit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu TOP 6

**Antrag gemäß § 50 Abs. 2 Satz 4 letzte Alternative Hessische Gemeindeordnung (HGO)
hier: Übersendung von Ergebnisniederschriften des Magistrats an das vorsitzende Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und an die Vorsitzenden der in der Stadtverordnetenversammlung gebildeten Fraktionen**

- Antrag FW - Fraktionsantrag Nr. 006/16/21 –

Stadtverordneter Leun bringt den Antrag ein und erläutert ihn kurz. Er gibt auch den Hinweis, dass diese Handhabung in vielen Kommunen üblich ist und nichts mit Misstrauen zu tun hat.

Der HFA hat bei 2 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen keine Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Es ergeben sich hierzu keine Wortmeldungen.

Die Abstimmung über den Fraktionsantrag Nr. 006/16/21 ergibt bei 11 Ja-Stimmen und 19 Nein-Stimmen eine mehrheitliche Ablehnung.

Zu TOP 7

Antrag auf Erstellung einer Bewertung der Vor- und Nachteile der Möglichkeiten zur Erhebung der Gebühren zur Straßenerneuerung

- Antrag FDP - Fraktionsantrag Nr. 007/16/21 -

Stadtverordneter Reinwald erklärt, dass dieser Antrag im Geschäftsgang bleiben soll, da hierzu noch umfassende Unterlagen zugesagt wurden.

So wird dann auch verfahren.

Zu TOP 8

Einführung eines Ratsinformationssystems

- Antrag CDU - Fraktionsantrag Nr. 008/16/21 –

Stadtverordneter Wedemann bringt den Antrag ein und erläutert diesen kurz.

Der HFA hat bei 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Stadtverordnete Dr. Goll signalisiert Unterstützung zu diesem Antrag und schlägt noch die ein oder andere Erweiterung vor, da es sich um einen Prüfauftrag handelt.

Stadtverordneter Wedemann erklärt, dass dies schon so ausgeführt werden soll (Kostengegenüberstellung – es benötigt nicht jeder Parlamentarier ein neues Tablett).

Stadtverordneter Reinwald stellt hierzu die Frage, ob dann davon auszugehen sei, dass dann auch die Magistratsprotokolle enthalten seien.

Stadtverordneter Wedemann sieht dies anders, da jeder Mail-Adresse nur bestimmte Bereiche zur Einsicht zugeordnet werden sollen.

Stadtverordneter Bausch erklärt ebenfalls, dass zugestimmt wird, möchte aber die Kosten gegenübergestellt haben und dass Aussagen zur Refinanzierung getätigt werden. Er gibt zu bedenken, dass hierdurch auch wieder Mehrkosten auf die Parlamentarier zukommen könnten, wenn sich der ein oder andere doch etwas ausrücken möchte. Und manchmal stürzen Computer auch ab – Papier kann man abheften.

Die Abstimmung über den Fraktionsantrag Nr. 008/16/21 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 9

Verbesserung der Bahnanbindungen durch den RMV

- Antrag CDU - Fraktionsantrag Nr. 009/16/21 –

Stadtverordneter Lodde bringt den Antrag ein und begründet ihn kurz.

Stadtverordneter Dr. Schütz findet diesen Antrag wunderbar und sehr wichtig. Der RMV muss in die Puschen kommen und eine Stadt wie Linden adäquat anbinden. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Interessen der Stadt in den bei der Bahn entsprechenden Gremien vertreten werden.

Stadtverordnete Lang signalisiert ebenfalls Zustimmung.

Dem schließt sich Stadtverordneter Reinwald an.

Stadtverordneter Schaffer ist hierzu jedoch anderer Ansicht. Dem Magistrat werden Aufgaben übertragen, denen er gar nicht nachkommen kann. Es sei vollkommen offen, ob die Bahn der Stadt überhaupt Gehör schenkt, egal ob man sich mit anderen Kommunen zusammenschließt oder nicht. Gerade zuvor habe man darüber gesprochen, den Magistrat und die Verwaltung nicht mit unnötigen zusätzlichen Aufgaben zu belasten.

Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen wird der Fraktionsantrag Nr. 009/16/21 mehrheitlich angenommen.

Zu TOP 10

Bildung einer Kommission „Linden 2036“

hier: Entwicklung zukunftsorientierter Vorschläge für die Stadtentwicklung

- Antrag CDU und SPD - Fraktionsantrag Nr. 010/16/21 –

Stadtverordneter Steinberg bringt den Antrag ein und erläutert ihn, wobei er noch diverse Änderungen vorträgt.

Die Ausschüsse haben wie folgt abgestimmt:

HFA: 6 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

BPU: 5 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung

JSSK: 6 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung (unter Einbezug des Zusatzes: ... Kommission tagen grundsätzlich öffentlich ...Absatz 2)

Stadtverordneter Reinwald bittet darum, dass dieser Antrag zunächst auch in den Ausschüssen beraten wird. Dadurch könnte eine Abstimmung über Änderungen mit den anderen Fraktionen erfolgen, da er den Antrag in dieser Form nicht als zustimmungsfähig erachtet. Es könne z.B. nicht sein, dass man erst in 2 Jahren darüber berichtet bekäme. Bei derart wichtigen Themen sollte man schon Mitte 2017 darüber sprechen. Auch erscheine ihm die Anzahl der Kommissionsmitglieder zu hoch; hierdurch würde ja fast eine zweite kleinere Stadtverordnetenversammlung entstehen.

Stadtverordneter Dr. Schütz sieht hierbei ein Problem mit der HGO. Daraus gehe für ihn nicht eindeutig hervor, dass man über „Anregungen“ formal abstimmen könne. Auch inhaltlich hat er einige Bedenken bei diesem Antrag. Er habe die Protokolle von 2006/2007 durchgelesen und dabei festgestellt, dass bei den damals gebildeten Kommissionen keine Informationen zur Stadtverordnetenversammlung durchgedrungen seien. Man wisse nicht, was in dieser Kommission geschehe und wann man etwas Beschlussfähiges vorgelegt bekomme. Mit den Ausschüssen seien Gremien vorhanden, die sich mit diesen Themen befassen und entsprechende Beschlussvorlagen ausarbeiten könnten.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart fragt nach, wie es zu diesem Antrag gekommen sei, da er in der entsprechenden Sitzung nicht anwesend sein konnte.

Laut Stadtverordnetem Steinberg wurde dieser Antrag im HFA angesprochen und dort wurde von einem Mitglied der FW erklärt, dass man darüber nicht beschließen könne, da Kommissionen nur vom Magistrat eingerichtet werden können.

Die Anzahl der Mitglieder dieser Kommission sei übrigens nirgends festgeschrieben. Um rechtlich auf sicheren Füßen zu stehen, könnte man den Antrag selber, wie Eingangs bereits erwähnt, entsprechend umformulieren.

Stadtverordnete Lang ergänzt, dass im Antrag selber die Rede davon ist, dass die Kommission regelmäßig in der Stadtverordnetenversammlung berichten soll, von daher ist der Informationsfluss gesichert. Sie stimmt dem zu, dass dies alles Themen seien, die man sicherlich in den Ausschüssen beraten könne, allerdings sehe sie hier ein Zeitproblem entstehen. Die Ausschüsse selber haben schon so viel zu beraten, dass man nicht noch mehr aufnehmen sollte. Zur Anzahl der Mitglieder teilt sie mit, dass diese mit 24 tatsächlich etwas zu groß sei. Eine kleinere Gruppe sei sicherlich zielführender.

Es gibt auch die Möglichkeit, die Arbeit innerhalb der Kommission moderieren zu lassen. Man kann an einem „integrierten Entwicklungskonzept“ teilnehmen oder zu sagen, ich hole mir von dort „Sachverstand“, der die Arbeit begleiten soll, damit sinnvolle Ergebnisse entstehen.

Stadtverordneter Bausch wundert sich über so manches, worüber hier beraten wird; Dinge über die der Magistrat zu entscheiden hat. Er kann es nicht verstehen, dass man – auf gut Deutsch gesagt – Hetzle gegeneinander betreibt. Er sieht große Probleme durch diese Kommission entstehen; zum einen wegen der Größe, aber auch wegen der daraus entstehenden Kosten. Auch wenn man die Themenfelder betrachte, die so hoch bewertet werden und die dadurch aber an den Ausschüssen vorbeigehen. Dies führt zu der Frage, wofür die Ausschüsse dann noch da sind. Sollten Bürger nachfragen, könne man keine Auskunft geben.

Stadtverordneter Dr. Schütz erklärt, dass man die Beispiele nehmen muss, die man hat und diese seien leider nun einmal frustrierend.

Die Aussage, dass man die Personen für die Tagungstermine der Kommission erst einmal zusammen bringen müsse, könne er nicht teilen. Dies sei eine Steilhypothese. Wenn die Ausschüsse tagen, dann sind (meistens) auch alle Mitglieder da. Er selber sei damals auch in einer Kommission gewesen, habe dort aber nie einen sachkundigen Bürger angetroffen. Die Mitarbeit in einer Kommission sei wohl für die Personen eher unverbindlich.

Stadtverordneter Reinwald ist über die Aussage (Anzahl der Mitglieder zu reduzieren) von Stadtverordnete Lang hoch erfreut; unabhängig davon werden es trotzdem immer noch über 15 Personen sein.

Wichtiger erscheint ihm jedoch die Frage, die Stadtverordneter Dr. Schütz aufgeworfen hat, ob die Stadtverordnetenversammlung der richtige Ansprechpartner ist und diese überhaupt darüber beschließen könne bzw. müsse.

Stadtverordnete Lenz möchte wissen, was dagegenspricht, diese Art der Demokratie Einzug zu gewähren und die Bürger aktiv mitarbeiten zu lassen. Sie bittet um entsprechende Zustimmung.

Stadtverordnete Geiselbrechtinger hört immer nur Bürgerbeteiligung. Davon könne man wirklich nicht sprechen, wenn nur 3 oder 4 sachkundige Bürger beteiligt werden. Sie hält eine Bürgerversammlung zu verschiedenen Themen viel effektiver.

Bgm. König erklärt, dass er gerne Anregungen aus der Stadtverordnetenversammlung annimmt. Wenn durch eine Kommission z.B. Ergebnisse erarbeitet werden, wie etwa eine Straßenbahn zu bauen, dann muss ohnehin die Stadtverordnetenversammlung darüber beschließen. Insofern sei eine Kommission nur ein Gremium, welches Ideen sammelt, die in die Ausschüsse/Stadtverordnetenversammlung gebracht werden, damit sie dort beraten, diskutiert und beschlossen werden können.

Stadtverordneter Schaffer erklärt, dass man einmal gesagt habe, in Deutschland wird man sich zu Tode verwalten. Genau auf diesem Wege befinde man sich derzeit. Es soll hier eine Kommission einberufen werden für Arbeiten, für die die Ausschüsse und die Stadtverordnetenversammlung als oberstes Organ bereits vorhanden sind/ist. Es wird ein weiterer Apparat installiert, der weitere Kosten verursacht. Alle genannten Punkte gehören in die Ausschüsse und in die Stadtverordnetenversammlung und nicht in eine Kommission.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart trägt den geänderten Antrag noch einmal vor:

Auszugsweise: „Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Es wird geprüft, dass der Magistrat die Kommission „Linden 2036“ ins Leben ruft wird. ...

... Dabei sollten folgende Themenfelder bearbeitet werden: ...

... Der Kommission sollten neben den Vertretern des Magistrates und der Stadtverordnetenversammlung (Sitzverteilung entspr. der Fachausschüsse), weitere sachkundige Bürger angehören. ...

... Es wird angeregt, dass die Kommission grundsätzlich öffentlich tagt.

Die Abstimmung über den Fraktionsantrag Nr. 010/16/21 ergibt bei 18 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen eine mehrheitliche Annahme.

Zu TOP 11

Öffentliches WLAN

hier: Prüfung der Voraussetzungen und Kosten für die Einrichtung und das Betreiben von öffentlichen WLAN Hotspots in der Stadt Linden

- Antrag CDU - Fraktionsantrag Nr. 011/16/21 –

Stadtverordneter Wedemann bringt den Antrag ein und erläutert ihn.

Die Ausschüsse haben wie folgt abgestimmt:

HFA: 9 Ja-Stimmen

BPU: 8 Ja-Stimmen

Stadtverordneter Leun erklärt, dass der vorliegende Antrag derzeit realitätsfremd ist und an der Sache vorbei geht. Bis heute sei dieses Gesetz noch nicht verabschiedet.

Für ihn habe es den Anschein, dass der Antrag bereits länger in der Schublade lag und nun mit aktuellem Datum versehen wieder hervorgeholt worden sei. Er gibt hierzu eine entsprechende Erklärung ab.

Stadtverordneter Wedemann teilt mit, dass es wohl zutreffe, dass sich die Wenigsten mit dieser Rechtslage auskennen, daher soll der Magistrat prüfen.

Stadtverordneter Reinwald teilt mit, dass er dem Antrag zustimmen werde, zumal die Infrastruktur Thema im Wahlkampf seiner Partei gewesen sei.

Die Abstimmung über den Fraktionsantrag Nr. 01116/21 ergibt einstimmige Annahme.

ZU TOP 12

Ökologisches Linden;

hier: Prüfung der Möglichkeiten, auf dem Dach der KiTa Regenbogenland eine Photovoltaikanlage zu installieren

- Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 012/16/21 -

Stadtverordneter Heine bringt den Antrag ein und erläutert ihn.

Es ergeben sich hierzu keine Wortmeldungen.

Die Abstimmung über den Fraktionsantrag Nr. 012/16/21 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 13

Fassadenverschönerung der KiTa „Regenbogenland“

hier: Prüfung der Möglichkeiten einer Fassadenverschönerung der KiTa „Regenbogenland“

- Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 013/16/21 -

Stadtverordneter Dr. Schütz bringt den Antrag ein und erläutert ihn.

Stadtverordnete Lang überlegt, ob Prüfanträge überhaupt abgestimmt werden müssen. Unabhängig davon möchte sie die im Ausschuss behandelt wissen, da „3Steps“ dies bestimmt nicht kostenlos ausführen würden.

Stadtverordneter Leun teilt mit, dass Prüfanträge abzustimmen sind.

Stadtverordneter Dr. Lenz ergänzt erklärend, dass zwei aus dieser Gruppe im neuen Baugebiet bauen möchten und daher ein gewisses Eigeninteresse vorhanden sei. Evtl. könnte dies zu einer Kostenreduzierung führen.

Die Abstimmung über den Fraktionsantrag Nr. 013/16/21 ergibt einstimmige annahme.

Zu TOP 14

Transparentes Linden;

hier: Berichtsantrag über den Stand der Bestellung einer / eines Korruptionsbeauftragten und einer / eines Datenschutzbeauftragten bei der Stadt Linden

- Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 014/16/21 -

Stadtverordnete Geiselbrechtinger erinnert daran, dass ein ähnlicher Antrag schon einmal vorlag. Damals wurde durch Bgm. König mitgeteilt, dass die betreffende Mitarbeiterin aus dem Dienst der Stadt ausgeschieden sei, aber bereits eine neue Mitarbeiterin zu einer entspr. Schulung geschickt wurde. Sie fragt nach dem derzeitigen Sachstand und bittet sowohl um mündliche als auch schriftliche Beantwortung der Fragen.

Bgm. Könnte gibt entsprechend mündlich Auskunft.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart erinnert abschließend an die schriftliche Beantwortung.

Bevor es zu dem letzten Tagesordnungspunkt kommt, teilt Stadtverordnetenvorsteher Burckart den Anwesenden mit, dass das Ehepaar Lodde stolze Eltern eines weiteren Sohnes, Konstantin Maximilian, geworden sind. Mit den besten Wünschen überreicht er einen Blumenstrauß.

Zu TOP 15

Anfragen der Stadtverordneten und Verschiedenes

Klimaanlage Sitzungssaal

Stadtverordneter Steinberg teilt mit, dass genau vor einem Jahr der heißeste Tag 2015 gewesen sei. Heute sei dem Gott sei Dank nicht so, aber trotzdem sollte man alles in die Wege leiten, damit der Sitzungssaal mit einer neuen Klimaanlage versehen wird.

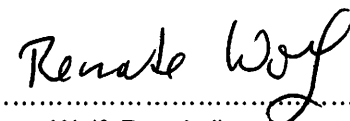
Stadtverordnetenvorsteher Burckart teilt mit, dass im Ältestenrat bereits darüber gesprochen und entsprechendes in die Wege geleitet wurde. Der Magistrat wurde mit einer entsprechenden Prüfung beauftragt.

Spam Mail

Stadtverordneter Heine teilt zur Info mit, dass derzeit Spam Mails im Umlauf sind, die so aussehen, als würden sie von der Stadt (Anja Dietz, Iskender Isiktschi) kommen. Er bittet um entsprechende Vorsicht.

Ende 22.00 Uhr


.....
Ralf Burckart, Stadtverordnetenvorsteher


.....
Renate Wolf, Protokollant